

# PARLAMENTARSREPORT



Liebe Leserinnen und Leser,

*Ministerpräsident Tillich und sein Stellvertreter Martin Dulig hatten sich zur Vorstellung der Halbjahresbilanz für die Inszenierung als selbstzufriedenes Paar entschieden. Doch nicht diese peinliche PR-Nummer sollte uns interessieren, sondern die Fakten der zweiten CDU/SPD-Koalition in Sachsen (seit 2014). Denn sie hat die Folgen der Fehler der ersten (2004-2009) – Einleitung des Polizei-Personalabbaus, Tatenlosigkeit gegenüber beginnendem Mangel an Lehrkräften – geerbt, wird sie aber nicht bewältigen.*

*Der Koalition fehlt ein gemeinsamer Plan: Stattdessen spielt der CDU-Ministerpräsident immer öfter Wirtschaftsminister, und der SPD-Wirtschaftsminister begibt sich häufig aufs Feld des Innenministers. Doch der CDU-Amtsinhaber Ulbig muss trotz aller Affären keine Konsequenzen des kleinen Koalitionspartners fürchten.*

*Die „Bürgerdialoge“ sind eine reine Farce, fast nichts von den Impulsen findet sich im Regierungshandeln wieder – siehe Schulgesetz. Die überhöhten Hürden für Volksbegehren bestehen fort. Trotz vereinzelter Lichtblicke stagniert der wirtschaftliche Aufholprozess; die Krise um die Bombardier-Standorte, zunehmende Unsicherheit im Lausitzer Braunkohlerevier, aber auch der anhaltende Rückstand bei Löhnen und Renten im Vergleich zum Westen sprechen eine klare Sprache.*

*DIE LINKE redet in Sachsen seit 2006 über Lehrermangel, Ministerpräsident Tillich will aber erst jetzt, 2017 (!), mitbekommen haben, dass zu wenige Lehrkräfte ausgebildet werden. Ein Grund mehr, diese Koalition 2019 mit dem Stimmzettel zu beenden.*

*Rico Gebhardt*

Rico Gebhardt  
Fraktionsvorsitzender

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag

## Solarworld Freiberg erhalten!

Solarworld ist mit seiner Niederlassung in Freiberg der größte industrielle Arbeitgeber in Mittelsachsen. Darüber hinaus ist das Werk der größte Standort des Unternehmens auf der Welt. Dass dieser Gigant der Solarindustrie nun insolvent ist, wird zum Offenbarungseid sächsischer Energie- und Wirtschaftspolitik. Nicht nur SPD-Wirtschaftsminister Dulig zeigte sich von dieser Nachricht „kalt erwischt“. Denn dass dieses Horrorszenerario wahr geworden ist, traf die Staatsregierung völlig unvorbereitet. Was passiert nun mit den 1.200 Arbeitsplätzen in Freiberg? Auf diese und viele weitere Fragen hat die Linksfraction mit schneller parlamentarischer Initiative und konkreten Vorschlägen geantwortet. Doch Staatsregierung und Landtagsmehrheit haben die Dringlichkeit der Sache wohl noch nicht begriffen.

Das Unternehmen ist eines der wenigen in Sachsen, die Entwicklung, Produktion und Vertrieb an einem Standort mit weit mehr als tausend Beschäftigten vereinen. Eine Schließung dieses Werkes wäre nicht nur

wäre es hilfreicher gewesen, ein klares Signal des Landtags zu setzen. Nun rächt es sich nämlich bitter, dass es immer noch keine Neufassung des Energieprogramms gibt, das in seiner geltenden Fassung von 2012 vor allem proklamiert, beständig auf Braunkohlestrom zu setzen. Daran hat sich auch in puncto Politik der Staatsregierung nichts geändert: „Da ist es nicht verwunderlich, dass wir in Sachsen beim Ausbau der erneuerbaren Energien hinterherhinken. Wir erreichen noch nicht den Deutschlandschnitt, sondern liegen darunter“, lautet die klare Schlussfolgerung von **Dr. Jana Pinka, umwelt- und ressourcenpolitische Sprecherin der Linksfraction.**

In Freiberg steht eine Entwicklung vor dem Aus, in der sächsische Ingenieure die Solarindustrie an die Spitze gebracht haben. Da wir nicht wollen, dass nach Schott, Q-Cells und Bosch Solar das letzte große deutsche Solarunternehmen den Bach runter geht, erwarten wir von den politisch Verantwortlichen konkrete Maßnahmen. Entsprechende Vorschläge hat Dr. Jana

den können, muss offensiv geführt werden. Dazu hat auch **Nico Brüner, wirtschafts- und arbeitsmarktpolitischer Sprecher der Linksfraction,** klare Vorstellungen: „Wir müssen es auch wagen, unkonventionelle Wege zu gehen und dürfen nicht einfach auf die segensreichen Wirkungen marktkonformer Lösungen setzen. Die Politik darf nicht einfach warten, was passiert!“ Er tritt mit einer ausdrücklichen Forderung an Wirtschaftsminister Dulig (SPD) heran: „Wir stehen gegenüber den Betroffenen in der unmittelbaren Pflicht, nicht in einem Monat, sondern heute unverzüglich zu klären, was der Freistaat für die Rettung der Industriearbeitsplätze, die Sicherung des wissenschaftlichen Kenntnisstandes des Tochterunternehmens Solar Innovation, die finanziellen Folgen für die Stadt Freiberg und deren Beteiligungen, wie Wasser- oder Abwasserzweckverbände, unternehmen kann.“ Ein zentraler Lösungsvorschlag besteht auch darin, die Entwicklung der Solarforschung an ein Institut der TU Bergakademie Freiberg anzugliedern, wie es die Politikerin und Wis-



für die 1.200 Angestellten ein Alptraum, sondern auch für die Stadt Freiberg. Deshalb wollen wir die Lage schnellstmöglich klären und Maßnahmen für einen vollständigen Erhalt des Solarworld-Standortes erreichen. Die Regierung muss endlich handeln. Dazu hat die Linksfraction in der letzten Landtagssitzung einen Dringlichkeitsantrag eingereicht, den die Freiburger LINKE-Abgeordnete Dr. Jana Pinka begründete (Drucksache 6/9600).

Doch die Dringlichkeit wurde von den Koalitionsfraktionen SPD und CDU, aber auch von der AfD abgelehnt. Anstatt mit fadenscheinigen „Argumenten“ Aktionismus zu unterstellen,

Pinka auf den Tisch gelegt, ganz im Sinne der Sächsischen Rohstoffstrategie: Recycling von Solarmodulen ausbauen, Entwicklungen im Life cycle assessment (Lebenszyklusanalyse) tätigen, Investitionen in die Zellenproduktion fördern.

Natürlich reicht nicht aus, immer nur mit dem Finger in Richtung China zu zeigen und im aufstrebenden Asien den Urheber allen Unheils in der deutschen Solarbranche zu suchen. Die Politik muss darüber nachdenken, wie wir die Industriearbeitsplätze retten können. Auch die Debatte, wie Innovation und Technologieentwicklung am Standort Sachsen gewahrt wer-

senschaftlerin Dr. Jana Pinka angeht. Ohne neue Ideen droht das Schicksal „fifty-fifty-Joker“: Entweder es geht irgendwie weiter oder es kommt zu Massenentlassungen. Politik sollte aber kein Pokerspiel nach dem Motto sein: Hoffentlich fällt dem Insolvenzverwalter etwas ein. Das kann man ja als Quintessenz bisheriger Äußerungen des sächsischen Wirtschaftsministers verstehen.

Die Linksfraction will, dass Sachsen Industrieland bleibt und dabei – auch mit dem „Leuchtturm“ Freiberg – in seiner schöpferischen Fähigkeit gestärkt wird, Motor neuer technologischer Entwicklungen zu sein.



# „Mutti, kaufst du mir ein Eis?“

Nein, es geht nicht um gestiegene Preise für Stracciatella, Himmelblau und Sahne-Kirsch in diesem Sommer. So abwegig ist dieser Gedanke aber nicht, denn allzu oft lautet die Antwort auf die Frage: Nein, dafür haben wir kein Geld. Damit sind wir beim Thema, das die Linksfraktion erneut per Antrag auf die Landtags-Tagesordnung setzte (Drucksache 6/9430): Kinderarmut.

In Sachsen leben mehr Kinder unterhalb der Armutsgrenze als im Bundesdurchschnitt; vor allem die Großstädte Leipzig, Chemnitz und Dresden stehen negativ hervor. Betroffen sind häufig Familien mit alleinerziehenden

Eltern oder mit drei oder mehr Kindern. Die Bertelsmann-Stiftung geht von 100.000 betroffenen Kindern aus, das ist etwa jedes vierte. Hinter den Zahlen stehen Entbehrung und Demütigung: Es fehlen tägliche warme Mahlzeiten, altersgerechte Bücher und Spielzeug, Freizeitaktivitäten, Geld für Schulausflüge und Kleidung, Freunde können nicht eingeladen werden. Armut hat für Kinder und Jugendliche weitreichende Folgen. Sie werden oft nicht voll akzeptiert, haben schlechtere Bildungsmöglichkeiten und ein höheres Risiko, krank zu werden. Selbst der Fünfte Armuts- und Reichtumsbericht der Bundesregierung belegt das.

**Susanne Schaper, sozialpolitische Sprecherin der Fraktion DIE LINKE,** sieht dringenden Handlungsbedarf: „Es ist höchste Zeit, dass sich Sachsen diesen Sachverhalten stellt, um jedem Kind und jedem Jugendlichen gute Chancen zur Entfaltung der eigenen Möglichkeiten zu bieten!“ Hauptpunkt des LINKEN Antrages ist die Forderung nach einem Runden Tisch gegen Kinderarmut. An ihm müssten Experten aus der Kinder- und Jugendhilfe, der Sozialforschung, von Kinderrechts- und Kinderschutzorganisationen, Familienverbänden, der Selbstvertretungen der Kinder und Jugendlichen sowie der Kommunen Platz nehmen. Außerdem soll Sachsen

einkommensarme Eltern entlasten, indem die Lernmittelfreiheit tatsächlich umgesetzt wird und die Kommunen vom Zwang befreit werden, Beiträge für die Schülerbeförderung zu erheben. Gemeinschaftsschulen könnten die Bildungschancen aller verbessern. „Arme Kinder wachsen häufig in einer Umgebung mit hoher Armutskonzentration auf. Verbessert man die Ausstattung von Kitas in diesen Brennpunkten, dann wirkt sich das positiv auf die Entwicklung von Kindern aus. Das Gleiche gilt bei der Ausweitung von Schulsozialarbeit und Jugendarbeit“, ergänzte die **kinder- und jugendpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Janina Pfau.**



Allerdings wird es nicht ausreichen, Kinderarmut nur auf der Landesebene zu bekämpfen. Die Staatsregierung muss auch auf der Bundesebene aktiv werden, so Schaper: „Nötig sind eine Kindergrundsicherung von 560 Euro und als erster Schritt die Erhöhung des Kindergeldes auf 328 Euro.“ Kinder und Jugendliche sollten eigene Regelsätze für Sozialleistungen bekommen, die ihren Bedürfnissen entsprechen. Denn Hartz IV hat auch die Armut von Kindern vergrößert, Sanktionsmaßnahmen gegen Betroffene treffen auch deren Kinder. In Sachsen leben rund 87.500 Kinder unter 18 Jahren in Hartz-IV-Bedarfsgemeinschaften.

Obwohl bekannt ist, dass viele Kinder in Armut aufwachsen, zeigt die Staatsregierung keine sichtbaren Bemühungen, das Problem wenigstens zu analysieren. Es wäre falsch, weiter tatenlos dabei zuzusehen, wie Kinder in Armut aufwachsen. Ihnen entgeht schließlich weit mehr als ein paar Kugeln Eis.

## Sport frei auch für Menschen mit Handicap!

In Deutschland leben fast neun Millionen Menschen mit einer amtlich anerkannten Behinderung. Die UN-Behindertenrechtskonvention hat in Artikel 30 das Ziel, ihnen die gleichberechtigte Teilhabe an Erholungs-, Freizeit- und Sportaktivitäten zu ermöglichen. Die Bedeutung des Behindertensports ist mithin in den letzten Jahren weltweit enorm gewachsen. Die Special Olympics für Menschen mit geistiger Behinderung, die Paralympischen Spiele für jene mit körperlichen Einschränkungen oder die Blindenfußball-EM 2017 in Berlin sind herausragende Beispiele dafür, dass im Sport eigentlich so gut wie keine Grenzen existieren. Nicht nur auf internationaler Ebene werden mittlerweile große Erfolge erzielt, auch in Sachsen tut sich einiges. So sind allein im Freistaat mittlerweile mehr als 38.000 Menschen in über 330 Vereinen des Behinderten- und Rehabilitationssportverbandes organisiert.

Menschen mit Behinderung, die eine bestimmte Sportart ausführen möchten, haben trotzdem weiter mit Problemen zu kämpfen. Lobeshymnen auf erfreuliche Entwicklungen hel-

fen nicht – Behindertensport braucht mehr Geld und breitere Strukturen. Das forderte ein Antrag der Linksfraktion (Drucksache 6/9219). Den Behauptungen aus der CDU-SPD-Koalition zum Trotz stehen Menschen mit Behinderungen allein schon auf dem Weg zu Sportstätten oft vor unüberwindlichen Hürden, weil zum Beispiel kein Transport des Sportrollstuhls mit

öffentlichen Verkehrsmitteln möglich ist. Die **sportpolitische Sprecherin der Linksfraktion, Verena Meiwald,** sieht noch weit größere Defizite: „Ein Großteil des Breitensports erhält nach wie vor keine Zuschüsse für Fahrten zu Wettkämpfen und Trainingslagern sowie Übernachtungskosten.“ Zudem fehlten Übungsleiterinnen und Übungsleiter sowie Trainerinnen und

Trainer, die dafür geschult sind, Menschen mit Handicaps zu betreuen. Auch bei Sportgeräten gibt es Probleme: Hier verhindern bürokratischen Verflechtungen oft, dass die ohnehin spärliche Förderung für Sportrollstühle, Slegdehockeyschlitzen oder Tore und Banden im Blindenfußball ausgereicht wird. Von einer „angemessenen“ Behindertensportförderung kann also keine Rede sein! Auch **Horst Wehner, Sprecher für Inklusion,** kritisierte CDU und SPD: „Die Koalition tut so, als sei alles geregelt, doch der Alltag sieht anders aus!“

Deshalb forderte die LINKE Landtagsfraktion die Staatsregierung auf, künftig regelmäßig über die Situation von Menschen mit Behinderungen im Sport zu berichten. Es ist nötig, ein Förderprogramm für sie zu entwickeln und wichtige Faktoren wie Fahrtkosten oder bauliche Anpassungen an Sportstätten abzudecken. Die Regierungsfaktionen lehnten das allerdings ab, was ihre Gleichgültigkeit gegenüber diesem dringlichen Thema zeigt. Wir werden dennoch weiter dafür streiten, dass Sport für Menschen mit Behinderung gefördert wird!





# LINKE wollen Zeitenwende für die Hochschulen

Sachsens Hochschulen machen schwere Zeiten durch – und das nicht erst seit 2012, als CDU und FDP ihr „Hochschulfreiheitsgesetz“ durchsetzten. Zu Personalmangel und schlechten Arbeitsbedingungen für Nachwuchswissenschaftler gesellen sich neue Missstände. Der mehrheitlich vom Wissenschaftsministerium besetzte Hochschulrat erhielt mehr Einfluss auf interne Abläufe; der Senat als demokratisch gewähltes Gremium der Mitgliedsgruppen wurde hingegen geschwächt. Außerdem wurde das Verfahren, in dem der Hochschulentwicklungsplan zustande kommt, verändert. „Das machte die Erpressung der aktuellen Koalition möglich, den Stopp des Stellenabbaus einzutauschen gegen eine völlig abenteuerliche Zielmarge bei der Absenkung der Studierendenzahlen insbesondere an den Universitäten“, kritisiert der **Hochschul- und Wissenschaftspolitiker der Linksfraction, Falk Neubert**. Auch wurde eine Austrittsmöglichkeit aus der verfassten Studierendenschaft geschaffen, die deren Vertretung schwächt und die Semestertickets gefährdet.

Das „Hochschulfreiheitsgesetz“, das die schwarz-rote Landesregierung bisher nicht novellierte, hat also einen Teil der Probleme verursacht, die Sachsens Hochschule plagen. Zugleich hat es andere Probleme nicht gelöst. So hat die Linksfraction ein alternatives Hochschulgesetz in den Landtag eingebracht (Drucksache 6/9585). Ziel der Neufassung ist es, eine solidarische und fortschrittliche Alternative auf den Weg zu bringen, auch um die Hochschulen konkurrenzfähig zu halten. Eine entscheidende Rolle spielt die Abschaffung des veralteten Lehrstuhlprinzips. Deutschland ist eines von nur noch wenigen Ländern, das Wissenschaft und Forschung in dieses Korsett schnürt. Bisher werden wissenschaftliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter einzelnen Professorinnen

und Professoren zu- und untergeordnet. Das sorgt für steile Hierarchien. Wir plädieren für eine kollegiale, projektbezogene Zusammenarbeit des wissenschaftlichen Personals in Abteilungen, die Instituten oder Fakultäten zugeordnet sind.

Die Linksfraction will insgesamt „Eine Hochschule für alle“. Vor allem Studierenden in besonderen Lagen soll die Neufassung helfen. Vorrangig geht es um die Möglichkeit eines Teilzeitstudiums, wenn sich einzelne in finanzieller Notlage befinden, Kinder zu betreuen oder Angehörige zu pflegen haben. Auch wollen wir in einer Welt voller Krisenherde und Kriegsschauplätze ein Zeichen setzen – in Form einer Zivilklausel für die Hochschulen. Neubert fragte den Landtag: „Wer kann akzeptieren, dass an den sächsischen Hochschulen womöglich

neue Erkenntnisse für verheerende Massenvernichtungswaffen gewonnen werden? Niemand! Hochschulen müssen sich auf die zivile Forschung konzentrieren.“ An jedem Standort solle ein/e Friedensbeauftragte/r die Zivilklausel durchsetzen und für mehr Transparenz über Drittmittel sorgen, die der Hochschule zufließen.

„Sapere Aude“ lautet das adäquate und oft verwendete Zitat eines deutschen Aufklärers – wage es, weise zu sein, „habe den Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen!“ Dementsprechend wollen wir die Autonomie der Hochschulen stärken, vor allem gegenüber der Regierung. Deren verlängerten Arm, den „Hochschulrat“, wollen wir abschaffen. Wir positionieren uns für das kritische und kreative Denken sowie für die Mitbestimmung aller Hochschulmit-

gliedsgruppen. Deshalb soll auch die Austrittsmöglichkeit aus der Studierendenschaft entfallen.

Wir wollen eine Hochschule, in der Bildung nicht vor allem in den vorgegebenen Strukturen funktionieren muss, sondern in der Bildung ein autonomes, fortschrittliches Forschen, Lehren und Lernen bedeutet. Die Zahl der Studienabbrüche soll sinken, wozu die Möglichkeit eines Orientierungsstudiums beitragen soll. „Wir wollen eine offene und vielfältige Hochschule. Es müssen mehr Menschen zur Aufnahme eines Studiums ermächtigt werden. Studieninteressierte sollen unabhängig von sozialer Herkunft, Kultur, Geschlecht und Nationalität den gleichen Zugang zum Studium erhalten, und zwar ohne Studiengebühren“, so Neuberts Fazit. Die Zeitenwende muss kommen!



## Ein Sarg im Transporter? Das müsste nicht sein

In Sachsen gibt es über 220.000 Selbstständige. Knapp die Hälfte arbeitet solo, ohne zusätzliche Beschäftigte. Langsam reift auch in der Politik die Erkenntnis, dass Selbstständigkeit und Armut oft zusammenhängen. Während Angestellte im Regelfall sozial abgesichert sind, müssen viele Selbstständige hart dafür kämpfen – denn sie tragen alle Kosten. Selbst und ständig, wie es heißt.

Gerade im Osten haben sich nach 1990 viele Menschen selbstständig und so aus der Not eine Tugend gemacht; längst gerieten sie in neue Not. Vor allem Solo-Selbstständige sind oft nicht in der Lage, ihre Krankenversicherung zu bezahlen. 80.000 Menschen in Sachsen betrifft das inzwischen, darunter viele mit Einmann/Frau-Betrieben. Sozialbeiträge von Selbstständigen richten sich nicht nach dem tatsächlichen Einkommen,

sondern nach der „Mindestbemessungsgrundlage“. Sie veranschlagt ein monatliches Einkommen von 2.231 Euro brutto, bei Existenzgründung und in Härtefällen 1.487 Euro. Wer weniger erwirtschaftet, zahlt überproportional viel. So können viele auch keinen Rentenanspruch erwerben, der vor Altersarmut schützt. Wer seinen Betrieb dann nicht verkaufen kann, gerät in große Not. „Viele Selbstständige nehmen aus Scham oder Stolz nicht einmal die Altersgrundsicherung in Anspruch und arbeiten so lange, bis es gar nicht mehr geht. So darf ein Lebensabend nicht aussehen“, mahnte **Luise Neuhaus-Wartenberg, Sprecherin der Linksfraction für Mittelstand und Handwerk**, in einer von der Linksfraction beantragten Aktuellen Debatte. Sprechende man mit Betroffenen, höre man oft Galgenhumor: Ein fast 70-jähriger Handwerksmeister aus Zittau wolle sich etwa

einen Sarg in den Transporter stellen, um fix hineinspringen zu können, wenn es so weit ist.

Die Linksfraction will das nicht hinnehmen. Wir wollen, dass Selbstständige ins Sozialversicherungssystem integriert und damit abgesichert werden. „Lediglich ein Viertel der Solo-Selbstständigen ist in ein obligatorisches System der Altersvorsorge einbezogen. Das Problem Altersarmut ist kein zukünftiges, sondern meiner Meinung nach ein bereits vorhandenes“, so Neuhaus-Wartenberg. Die Kultur- und Kreativwirtschaft leide besonders stark unter diesen sozialen Problemen, worauf der **LINKEN-Kulturpolitiker Franz Sodann** hinwies.

Wie können Lösungen aussehen? Im ersten Schritt wäre dafür zu sorgen, dass Sozialbeiträge realistisch, also auf Basis des Einkommens berech-

net werden. Dafür sollte die sächsische Landesregierung in Berlin streiten. Langfristig heißt unser Ziel: Eine Krankenkasse für alle, in die auch alle einzahlen, Besser- und Bestverdiener inklusive! Auch eine Mindestrente von 1.050 Euro halten viele Selbstständige, die mit der Linksfraction diskutieren, für vernünftig. Auch Mindesthonorare als Ergänzung des Mindestlohns wären eine gute Idee, damit Selbstständige nicht mehr als Billigkonkurrenz zu abhängig Beschäftigten missbraucht werden.

„Wir wollen, dass für Gründerphasen, aber auch für Zeiten der Auftragslosigkeit, der Weiterbildung, bei Krankheit und nach Austritt aus dem Berufsleben für Sicherheit gesorgt ist“, so der **LINKE Gewerkschaftspolitiker Klaus Tischendorf**. Sachsen muss dazu beitragen, dass sich die Bundespolitik bewegt!





## Plenarspiegel Mai 2017

Die 54. und die 55. Sitzung des 6. Sächsischen Landtages fanden am 17. und am 18. Mai 2017 statt. Die Fraktion DIE LINKE war mit folgenden parlamentarischen Initiativen vertreten:

### Aktuelle Debatte

„Soziale Gerechtigkeit im Osten – wie steht es um die soziale Absicherung von Selbstständigen in Sachsen?“

### Gesetzesentwürfe

„Gesetz zur Einführung der Selbstverwaltung der Hochschulen im Freistaat Sachsen“ (Drucksache 6/9585)

### Anträge

„Kinderarmut im Freistaat Sachsen gemeinsam beseitigen!“ (Drucksache 6/9430)

„Sport für Menschen mit Behinderungen (Behindertensport)“ (Drucksache 6/9219)

### Sammeldrucksache 6/9562 mit dem Antrag der Fraktion DIE LINKE

„Datenschutz-Anpassungs- und -Umsetzungsgesetz EU“ ablehnen – Keine Abstriche am Datenschutz im Freistaat Sachsen zulassen“ (Drucksache 6/8470)

Alle Drucksachen unter [www.edas.landtag.sachsen.de](http://www.edas.landtag.sachsen.de)

## Termine

### Arm trotz Arbeit – Was leistet der Mindestlohn? Betriebs- und Personalrätekonferenz der Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag und der Bundestagsfraktion

16. Juni 2017, 11-16 Uhr, Sächsischer Landtag, Raum A400

Welche Fortschritte hat der Mindestlohn gebracht? Wie ist die Situation in den Betrieben? Welche Probleme gibt es? Was lässt sich Armut verhindern?

Veranstaltungsinformationen unter [gleft.de/1Br](http://gleft.de/1Br)

# 25 Jahre sächsische Verfassung

Schon der Titel „25 Jahre Sächsische Verfassung – fremdelt das Volk (wieder) mit seiner Verfassung?“ stieß bei mehreren Diskutanten auf Widerspruch. Dennoch bestand in drei Punkten der von Linksfraktionschef Rico Gebhardt moderierten Podiumsdiskussion im Fraktionssaal durchaus Einigkeit: Die sächsische Verfassung ist von guter Qualität. Sie widerspiegelt nicht die absolute CDU-Mehrheit, die zur Zeit ihrer Verabschiedung herrschte, sondern ist vergleichsweise fortschrittlich. Das „Fremdeln“ bezieht sich vor allem auf die Alltagswirklichkeit der Demokratie.

Dazu lieferte Dr. Jürgen Rühmann, Vizepräsident des Sächsischen Verfassungsgerichtshofes, in seinem Impulsreferat eine ganze Reihe konkreter Beispiele. So das Stadt-Land-Gefälle insbesondere auch infolge des Nichtfunktionierens der wirtschaftli-

SPD-Abgeordneter und wie Schiemann und Klaus Bartl (seinerzeit Linke Liste-PDS, nunmehr Linksfraktion und zusammen mit Schiemann in sechster Wahlperiode ununterbrochen im Landtag) „Verfassungsvater“, der am Gohrischer Entwurf mitgearbeitet hatte, verwies auf Brandenburg: Dort hätte das Volk abgestimmt, bei einer Wahlbeteiligung unter 50 Prozent ...

Dass auch Bartl trotz seines „Nein“ zur Verfassung von Schiemann im Interview mit der „Freien Presse“ zu den „Verfassungsvätern“ gezählt wurde, da er ja an ihrer Erarbeitung intensiv mitgearbeitet hat, ist eine historische Versöhnung der besonderen Art. Bartl wiederum sagte, er würde sich – auch im Lichte der Erfahrungen mit der Verfassung, auf deren Grundlage die LINKEN im Landtag zu 85 Prozent erfolgreiche Klagen geführt haben – heute im Falle erneuter Abstimmung

regulären Parlamentsarbeit Vertreter aller demokratischen Fraktionen, die in der ersten wie sechsten Legislaturperiode im Landtag vertreten sind, freiwillig einen Abend lang miteinander über gesellschaftliche Grundsatzzfragen sprechen. Das hat eine Fortsetzung verdient. Dem schienen die Gäste im Publikum – von Gewerkschaft bis Vertretung der Rechtsanwaltschaft – als Resümee eines interessanten Abends zuzustimmen.

„Sachsen – in welcher Verfassung? Rückblick auf 25 Jahre gelebte Sächsische Verfassung“ (Autoren: Dr. Rosemarie Jarosch, Klaus Bartl), Broschüre online unter: [www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de) oder zu bestellen: Fraktion DIE LINKE im Sächsischen Landtag, Bernhard-von-Lindenau-Platz 1, 01067 Dresden. Mit allen Volksanträgen und Volksbegehren in Sachsen, allen Änderungsanträgen der Fraktion und



chen Leuchtturmpolitik und die Übermacht der Verwaltung gegenüber den Ehrenamtlichen in der Kommunalpolitik. Er sieht auch eine „Dominanz der Ministerialverwaltung“; die Landtagsfraktionen brauchten Mittel, um unabhängig von der beruflichen Kompetenz einzelner Abgeordneter auf allen Gebieten mit Sachverstand dagegenhalten und kontrollieren zu können.

Keine Einigkeit herrschte erwartungsgemäß bei der Frage, welche Rolle die seit knapp anderthalb Jahrzehnten in Sachsen vollends eingeschlafene direkte Demokratie an diesem Fremdeln hat. Karl-Heinz Gerstenberg, Abgeordneter der ersten Stunde bei den Bündnisgrünen, sah es als „vertane Chance“ und „Geburtsfehler“, dass es über die sächsische Verfassung keine Volksabstimmung gegeben hat. Marko Schiemann (CDU) begründete dies mit der 80-prozentigen Zustimmung im Landtag, dieser große Konsens sei ihm das Wichtigste gewesen. Bernd Kunzmann, damals

der Stimme enthalten. Er hat vor allem ein Problem mit der Verfassungswirklichkeit: Die Volksgesetzgebung, die als gleichberechtigte zweite Säule der Gesetzgebung neben dem Landtag von der Verfassung vorgesehen sei, komme wegen zu hoher Hürden bei den Volksbegehren (450.000 Unterschriften) nicht mehr zum Zuge.

Harald Baumann-Hasske von der SPD-Fraktion, wie Kunzmann Mitkommentator der Sächsischen Verfassung, ist auch für Hürdenabsenkung, erinnerte aber an die mangelnde Bereitschaft der CDU, ohne die ja eine Zwei-Drittel-Mehrheit nicht erreichbar ist, daran mitzuwirken. Marko Schiemann ließ – wenig überraschend – durchblicken, dass mit ihm – nach der Einführung der Schuldenbremse – eher keine weitere Änderung der Verfassung zu machen sein wird.

Rico Gebhardt wertete es in seinem Schlusswort als Hoffnungszeichen der politischen Kultur, dass außerhalb der

ihrer Vorgängerfraktionen zur Landesverfassung und allen Verfahren, die die Fraktion und ihre Mitglieder, teils mit Abgeordneten anderer Fraktionen, vor dem Sächsischen Verfassungsgerichtshof geführt haben.

## Impressum

Fraktion DIE LINKE  
im Sächsischen Landtag  
Bernhard-von-Lindenau-Platz 1  
01067 Dresden

Telefon: 0351/493-5800  
Telefax: 0351/493-5460

E-Mail: [linksfraktion@slt.sachsen.de](mailto:linksfraktion@slt.sachsen.de)  
[www.linksfraktion-sachsen.de](http://www.linksfraktion-sachsen.de)

Vi.S.d.P.: Marcel Braumann  
Redaktion: Ferdinand Stein & Kevin Reißig

**DIE LINKE.**  
Fraktion im Sächsischen Landtag